Kulturpolitik nach Corona

Ein Essay von Dieter Rossmeissl

Als tiefgreifend empfundene Krisen evozieren starke Worte. Ein Standard-Satz dabei ist: »Nachher wird nichts mehr sein wie vorher.« Auch in Zeiten der Corona-Pandemie hören wir diesen Satz öfters. Stimmt er? Die Perspektive auf konkrete Konsequenzen bleibt erstaunlich unbestimmt.

Zunächst ist zu fragen: Was ändert sich *während* der Krise?

Kultur hat die Öffentlichkeit in vertrauten Räumen verlassen. Kultureinrichtungen sind auf unbestimmte Zeit geschlossen. Viele versuchen, alternativ wahrnehmbar zu bleiben, vor allem durch die Flucht in virtuelle Räume. Der Digitalisierungsprozess in der Kultur beschleunigt sich und erweitert die Formate und Vermittlungsformen.

Die Rezeption künstlerischer Produkte, die in realen Räumen nicht mehr möglich ist, individualisiert sich in der virtuellen Vermittlung. An Stelle der gemeinsam erlebten Performance tritt die Wahrnehmung in den medialen Communities. Diese sind nicht mehr durch »Expertenanalysen« geprägt, sondern geben der eigenen Kommentierung neuen Raum. Da ein Kunstwerk nicht fertig ist, wenn der Künstler aufhört, es zu bearbeiten, sondern immer erst, wenn es gesellschaftliche Wahrnehmung erreicht hat, erzeugen virtuell vermittelte Kunstwerke wesentlich aktivere und differenziertere Reaktionen, als es bei der Präsentation im realen Raum der Fall ist. Mit seiner Reaktion wird der Konsument zugleich zum Produzent kulturellen Verhaltens. Die Grenze von Produzent und Konsument löst sich auf.

Damit verändert sich auch das Verhältnis von (professionellen) Künstlerinnen und Künstlern und kulturellem Consumer. Die Definitionshoheit über künstlerische Qualität lag bisher bei den wenigen Professionellen - Künstlern und Kritikern. Mit der Verlagerung der künstlerischen Performation in die Vielfalt der Netz-Rezeption und -Reaktion stehen diese jetzt und künftig einer großen Zahl von kulturell produktiven »Consumern« gegenüber, an die sie die Definitionshoheit, was denn künstlerisch wertvoll sei, verloren haben. Dies muss keinen Qualitätsverlust bedeuten, sondern kann auch als Demokratisierung der Kultur verstanden werden.

Die Künstler verlieren unter den veränderten Produktionsbedingungen nicht nur ihre affektive Dominanz, sondern auch weite Teile ihres meist ohnehin prekären Einkommens. Der Verlust von Auftrittsmöglichkeiten ist durch ihre bisherige Präsenz in den Medien für die meisten nicht zu kompensieren. Die Hoffnung auf den staatlichen Rettungsschirm ist der Notwendigkeit zum sozialen Überleben geschuldet, zugleich aber die Bankrotterklärung künstlerischer Wertschöpfung.

Globale oder auch nur europäische Vernetzungen sind während der Krise auf dem Rückzug, staatliche Abschottungen auf dem Vormarsch. Die Logik der Grenzschließung zu Italien oder Frankreich wegen der dortigen Corona-Häufigkeit müsste eine Schließung der Binnengrenzen zu NRW und Bayern zur Folge haben. Die Abschottung an Staatsgrenzen erweist sich damit weitgehend als Placebo-Politik, deren Fortwirkung nach der Krise aufgrund ihrer hohen Affektivität zu erwarten ist. Wie sich die regionale Begrenzung kulturell auswirken wird, ist noch nicht prognostizierbar.

Welche Perspektiven können sich daraus für die Zeit nach Corona ergeben?

Künstlerische Produktion wird sich – in allen Kunstformen, wenn auch nicht in allen im selben Maß – beschleunigt und verstärkt in den *virtuellen Raum* verlagern. Dabei beschränkt sich diese Verlagerung nicht auf die Vermittlung von analoger Kunst auf medialen Wegen, sondern verstärkt auch die Produktion von Kunst, die nur mehr virtuell existiert.

Der Wert künstlerischer Produktion und Produkte wird noch weniger als bisher durch »Taufberechtigte« (wie Galeristen, Direktoren von Kunstmuseen oder berufsmäßige Kunstkritiker) bestimmt, sondern durch die affektive Valorisierung einer differenzierten *Öffentlichkeit*. »Kultur ist dort, wo gesellschaftlich Wert zugeschrieben wird.« (Andreas Reckwitz)

Das Selbstverständnis der Künstler als Teil einer nicht nur kulturell, sondern auch ökonomisch geprägten Gesellschaft wird wachsen, weil es allein die Chance auf Überleben von Kunst und Kultur im gesamtgesellschaftlichen Kontext sichert. Die *Kultur- und Kreativwirtschaft* wird sich somit aus ihrer derzeit allzu dominanten ökonomischen Prägung befreien und zum Handlungsrahmen für Künstler, aber auch von Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik werden.

Mit dem mittelfristigen Einbruch der Wirtschaft werden sich die Steuereinnahmen vom derzeitigen Hoch wieder nach unten bewegen, was den Spielraum zur Kulturfinanzierung einschränkt. Die staatlichen und städtischen *Kultureinrichtungen* werden dennoch – wenn auch mit einigen Budgetrückgängen oder doch ohne Steigerungen – überleben. Die *Freie Szene* ist in einer weit fragileren Situation. Sie bedarf nach der Krise besonderer Förderung. Dennoch werden wohl nicht alle überleben, was freilich in der volatilen Wahrnehmung der Öffentlichkeit auch Raum für Neues schafft.

Der krisenbedingte *Altruismus*, den es international ohnehin nicht gibt, wird auch sozial nicht anhalten. Er zeigt sich schon jetzt eher im Beklatschen der »Krisenhelden« als in einer Verbesserung von deren sozialer Lage. Das gilt auch für die derzeit als besonders agil wahrgenommene Kulturszene. Aktives Gegensteuern wird Aufgabe kulturpolitischer Verantwortung – auch wenn der Erfolg unsicher ist.

Fazit: Nach Corona wird keineswegs alles anders sein als vorher. Die Krise wird keine originären Veränderungen in Kunst und Kultur bewirken. Sie wird aber begonnene Transformationsprozesse erheblich beschleunigen und neue affektive Valorisierungen motivieren. Sie kann somit – nach allen schmerzlichen Beschränkungen – auch ein Motor kultureller Entwicklung werden.

Dr. Dieter Rossmeissl, Erlangen
Stadtrat a.D., Mitglied des Sprecheri*nnenrats der KuPoGe-Landesgruppe Bayern, Lehrbeauftragter für kommunale Kulturpolitik an der Universität Erlangen-Nürnberg.